

# Pressemitteilung

169/2008  
Berlin, 7. November 2008

## **Antrittsrede**

**von Bundesratspräsident Peter Müller,  
Ministerpräsident des Saarlandes,  
am Freitag, 7. November 2008,  
in Berlin**



Postanschrift:  
Bundesrat  
11055 Berlin

Dienstgebäude Berlin  
Leipziger Straße 3-4  
10117 Berlin

Pressestelle des Bundesrates  
Telefon: 0 18 88-91 00-170/171/173  
Fax: 0 18 88-91 00-198  
[pressestelle@bundesrat.de](mailto:pressestelle@bundesrat.de)

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Im kommenden Jahr werden wir den 60. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland begehen. Dies wird Anlass und Gelegenheit sein, die Frage nach der föderalen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland erneut zu stellen.

Machen wir uns nichts vor: Föderalismuskritik hat Konjunktur.

Es wird gefragt, ob der Föderalismus nicht angesichts des Fortschreitens der europäischen Einigung, angesichts des Prozesses der Globalisierung überholt sei.

Es wird gefragt, ob Föderalismus nicht wegen der Vielzahl der Akteure notwendige Entscheidungsfindungen und Modernisierungen behindere.

Es wird in den Raum gestellt, ob der Föderalismus nicht letztlich Fortsetzung der typisch deutschen Kleinstaaterei sei, ein Prinzip, das dadurch geprägt sei, dass Landesherren ohne Rücksicht auf das Gemeininteresse ihre Partikularinteressen verfolgten.

Wir werden sicherlich auch noch einmal über die Frage "Föderalismus und Bildungspolitik" diskutieren, darüber, ob es vor dem Hintergrund der Kulturhoheit der Länder weiter hingenommen werden kann, dass sich angesichts 16 unterschiedlicher Schul- und Bildungssysteme für eine Familie, die von einem Bundesland in ein anderes umzieht, das Problem erhebt, ob der Umzug für schulpflichtige Kinder nicht mit unkalkulierbaren Risiken verbunden ist. Das wird mit Sicherheit in der Debatte wieder auftauchen. Ich denke: zu Recht!

Sicherlich ist die Feststellung des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog

...

richtig: Bildung ist das Megathema der Zukunft. Deshalb ist auch die Forderung richtig, aus der Bundesrepublik Deutschland die Bildungsrepublik Deutschland entstehen zu lassen. Wer dies aber mit der Forderung verbindet, dass die "Bildungsrepublik Deutschland" auch dadurch geprägt ist, dass die Kompetenzen der Länder im Bereich der Kulturhoheit eingeschränkt und die Kompetenzen des Bundes massiv ausgedehnt werden, der kann sich sicher sein, dass er auf eine in der Bevölkerung weitverbreitete Befindlichkeit in dieser Richtung stößt, der kann sich ein Stück weit sicher sein, dem Volke nach dem Munde zu reden. Gleichwohl wird er sich der Frage stellen müssen, ob eine derartige Forderung nicht auf einer Verwechslung beruht, nämlich der Verwechslung der Notwendigkeit einer Weiterentwicklung föderaler Strukturen vor dem Hintergrund neuer Aufgaben und Herausforderungen mit einer Fundamentalkritik an einem bewährten Verfassungssystem, das auch in der Zukunft seine Bedeutung - nach meiner Überzeugung sogar wachsende Bedeutung - haben wird.

Selbstverständlich ist richtig: Es gibt Fehlentwicklungen im föderalen System. Selbstverständlich ist Föderalismusreform notwendig. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, für eine grundsätzliche Infragestellung dieses konstitutiven Verfassungsprinzips gibt es wahrhaft keinen Grund. Im Gegenteil! Der Föderalismus hat sich bewährt. Er hat die ihm historisch zugewiesene Funktion erfüllt. Er hat Handlungsfähigkeit auch und gerade in der letzten Zeit bewiesen. Er beinhaltet erhebliche Innovationspotenziale. Und er gibt - das sollten wir nicht geringerschätzen - den Menschen in unserem Land Heimat.

Lassen Sie mich zu diesen Gesichtspunkten wenige Anmerkungen machen!

Erstens. Der Föderalismus hat die historisch ihm zugeordnete Rolle erfüllt. Die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland war auch eine Antwort auf die Erfahrung aus den zwölf dunkelsten Jahren der deutschen Geschichte. Das

...

zentralistische System der Nationalsozialisten war ein Instrument, um das menschenverachtende Treiben der Nationalsozialisten zu ermöglichen. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben daraus die Konsequenz gezogen, dass der klassischen Form der Gewaltenteilung in der Gesetzgebung - Exekutive und Legislative - eine weitere Form, nämlich der Teilung der staatlichen Gewalt in Bund und Länder, hinzugefügt werden soll.

Föderale Systeme sind gegen Machtmissbrauch weniger anfällig als zentralistische Systeme. Das bestätigt die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Dies allein wäre hinreichende Begründung für das Festhalten am föderalen Prinzip.

Zweitens. Der Föderalismus hat Handlungsfähigkeit bewiesen. Auch wenn wir im Bundesrat viele Gesetze intensiv diskutieren, beraten, verändern, so ist doch festzustellen, dass im Durchschnitt der letzten Legislaturperioden gerade einmal 3 % der vorgelegten Gesetze am Einspruch des Bundesrates gescheitert sind. Und vor dem Hintergrund der internationalen Finanzkrise in den letzten Wochen hat der Bundesrat genauso wie andere staatliche Organe bewiesen, dass man in der Lage ist, auf schwierige aktuelle Herausforderungen schnell und angemessen zu reagieren, und damit einen Beitrag zur Wiedergewinnung des Vertrauens in unser demokratisches staatliches System geleistet.

Drittens. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Föderalismus birgt erhebliche Innovationspotenziale. Letztlich ist Föderalismus Chance zum Experiment, die Möglichkeit, in unterschiedlichen Einheiten unterschiedliche Wege zur Lösung der bestehenden Probleme auszuprobieren und dann nach dem Prinzip "best practice" den Weg zu gehen, der sich als der tauglichste erwiesen hat.

Dies gilt auch und gerade für die Bildungspolitik. Viele Innovationen in diesem Bereich wären - zumindest in dieser Geschwindigkeit - nicht erreicht worden,

...

hätte man auf zentralistische einheitliche Entscheidungen warten müssen. Ich erinnere beispielsweise an die Entwicklung der Berufsakademien - stark angestoßen von Baden-Württemberg -, an die auch unter europäischen Gesichtspunkten notwendige Verkürzung von Schul- und Ausbildungszeiten, an die Integration von Bildungsinhalten in den Vorschulbereich.

Föderale Strukturen bieten in all diesen Bereichen Möglichkeiten, Dinge schneller zu entwickeln, als dies in einem Einheitsstaat erreicht werden kann. Voraussetzung ist allerdings, dass die Glieder der föderalen Gemeinschaft in der Lage sind, diesen Wettbewerb offensiv und eigenverantwortlich zu erfüllen.

Dies setzt das klare Bekenntnis zum Nebeneinander lebensfähiger und handlungsfähiger Einheiten voraus, auch das klare Bekenntnis zum Nebeneinander großer und kleiner Einheiten. Föderale Strukturen sind gerade dadurch gekennzeichnet, dass es nicht Einheitlichkeit in der Größe der einzelnen Einheiten gibt. Wenn man sich die Situation in den Vereinigten Staaten, in der Schweiz anschaut, sind die Unterschiede in Fläche, Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft zwischen den größten und den kleinsten Gliedstaaten der Vereinigten Staaten, den größten und den kleinsten Kantonen in der Schweiz größer als die Unterschiede zwischen Bremen und Nordrhein-Westfalen. Deshalb ist Föderalismus natürlich auch Verpflichtung zum Ertragen von Unterschiedlichkeit.

Nur dann wird der Föderalismus eine vierte - und letzte von mir anzusprechende - Dimension erfüllen: Heimat für die Menschen zu sein. Gerade in einer Zeit zunehmender Internationalisierung und Globalisierung ist das Bedürfnis nach Heimat bei den Menschen in unserem Land gewachsen. Deshalb ist es kein Zufall, dass überall in Europa die Diskussion über Regionalisierung, über die Stärkung der regionalen Einheiten geführt wird, dass viele europäische Länder auf dem Weg der Regionalisierung sind. Es wäre

...

geradezu ein Treppenwitz, wenn in dieser Situation ausgerechnet die Bundesrepublik Deutschland den entgegengesetzten Weg, in Richtung auf einen Abbau föderaler Strukturen, ginge.

Lassen Sie mich vor diesem Hintergrund eine Anmerkung zu der immer wieder auftauchenden Debatte über die Neugliederung der Bundesländer machen! Es ist eine Debatte, die eine gewisse Ähnlichkeit und Parallele zum Ungeheuer von Loch Ness hat: Sie taucht immer wieder auf und verschwindet, ohne dass etwas geschehen ist.

Ich komme aus einem Bundesland, das, wenn diese Region bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland bereits zum deutschen Staatsgebiet gehört hätte, möglicherweise nie entstanden wäre. Die Gründung, die Entwicklung des Saarlandes als eigenständiges Bundesland hat mit der spezifischen Geschichte dieses Landes zu tun, damit, dass in dieser Region der Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland auf der Basis einer selbstbestimmten Entscheidung der Saarländerinnen und Saarländer mit erheblicher zeitlicher Verzögerung stattfand, die Wiedervereinigung im Kleinen umgesetzt worden ist. Die Menschen in diesem Land haben mit Blick auf diese Organisation in einem Bundesland Identität und Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt. Das ist ein hoher Wert. Dieser Wert sollte nicht willkürlich in Frage gestellt werden.

Ich sage auch: Man sollte sich sehr genau überlegen, ob dieser Wert allein aus finanziellen Gründen in Frage gestellt werden darf. Die billigste Form des Föderalismus ist seine Abschaffung. Im Übrigen gibt es keine belegbare Untersuchung, die tatsächlich zu dem Ergebnis kommt, dass eine Länderneugliederung in der Lage ist, einen relevanten Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen zu leisten. Deshalb glaube ich, dass natürlich die Grenzen von Bundesländern auch im Grundgesetz nicht auf ewig festgeschrieben sind. Aber die Frage, ob derartige Grenzen verändert werden

...

oder nicht, muss eine Entscheidung der betroffenen Bevölkerung sein.

Länderneugliederungsdebatten am Reißbrett sind sicherlich nicht zielführend; derartige Debatten sollten wir uns gemeinsam ersparen. Ich sage für mein Bundesland: Die Eigenständigkeit des Saarlandes ist ein Ergebnis historischer Prozesse. Die Menschen wollen diese Eigenständigkeit, und deshalb gibt es keinen Grund, sie in Frage zu stellen.

Erlauben Sie mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine letzte Überlegung! Wenn wir gemeinsam der Überzeugung sind, dass es sich beim Föderalismus um ein hohes Gut handele, dann kann unsere Aufgabe nicht nur darin bestehen, dieses Prinzip zu verteidigen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir im gleichen Maße gefordert sind, Fehlentwicklungen aufzugreifen und auf sie zu reagieren, anstatt sie zu ignorieren. Deshalb bleibt das Thema Reform und Weiterentwicklung des Föderalismus auf der Tagesordnung.

Dies gilt erstens für die berechtigterweise angesprochenen Fragen in der Bildungspolitik. Wenn wir föderale Strukturen und Mobilität, die wir den Menschen abverlangen, in Übereinstimmung bringen wollen, dann muss es uns gelingen, in Eigenverantwortung der Länder dafür Sorge zu tragen, dass die Anforderungen im Bildungssystem so weit harmonisiert werden, dass ein Umzug von Land zu Land möglich ist, ohne Schulerfolg zu gefährden. Wir brauchen gemeinsame Standards und vergleichbare Leistungsüberprüfungen. Erste Schritte sind getan; aber wir sind von einem befriedigenden Zustand auf diesem Gebiet weit entfernt. Deshalb sehe ich hier eine große Herausforderungen, der wir uns gemeinsam intensiv stellen müssen.

Zweitens haben wir im Zuge der Föderalismusreform I versucht, Zuständigkeiten ein Stück weit zu entflechten. Mittlerweile haben wir erste Erfahrungen mit den Ergebnissen der Föderalismusreform I. Vor diesem Hintergrund ist es sicherlich sinnvoll und richtig, danach zu fragen, ob wir alle

...

angestrebten Ziele erreicht haben und ob wir hinsichtlich der Ziele, die wir nicht erreicht haben, nachbessern können und müssen.

Drittens ist die Arbeit der Föderalismuskommission II angesichts der internationalen Finanzkrise alles andere als obsolet geworden. Wollten wir nun vor dem Hintergrund dieser Krise das Bemühen einstellen, tragfähige Strukturen zu finden, die Bund und Ländern auf Dauer Wege aus der Verschuldung des Staates zeigen, hätten wir diese Diskussion erst gar nicht beginnen dürfen. Deshalb stellt sich uns allen die Aufgabe, die Arbeiten in der Föderalismuskommission II fortzusetzen und zu einem Ergebnis zu führen, das das Ziel "Stopp des Marsches in den Schuldenstaat" erreicht und gleichzeitig zeigt, dass es Möglichkeiten gibt, bei Aufrechterhaltung dieses Zieles auf Herausforderungen wie die internationale Finanzkrise angemessen zu reagieren.

Der Föderalismus ist für diese Republik konstitutiv, aber er ist auch permanent in der Bewährung. Er muss sich aber nicht nur bewähren, er muss sich auch verständlich machen. Mein Vorgänger im Amt, Ole von Beust, hat davon gesprochen, dass der Föderalismus mit einer Alltagstauglichkeit versehen werden soll. Er hat seine Arbeit als Präsident des Bundesrates nicht zuletzt mit der Erreichung dieses Ziels verbunden und dabei Erfolge erzielt, wofür ich, sehr geehrter Herr von Beust, lieber Ole, ganz herzlich danke.

Als Präsident des Bundesrates werde ich im Lichte des vorstehend Gesagten daran anknüpfen - im Interesse des Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland und zum Wohle der Republik. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.